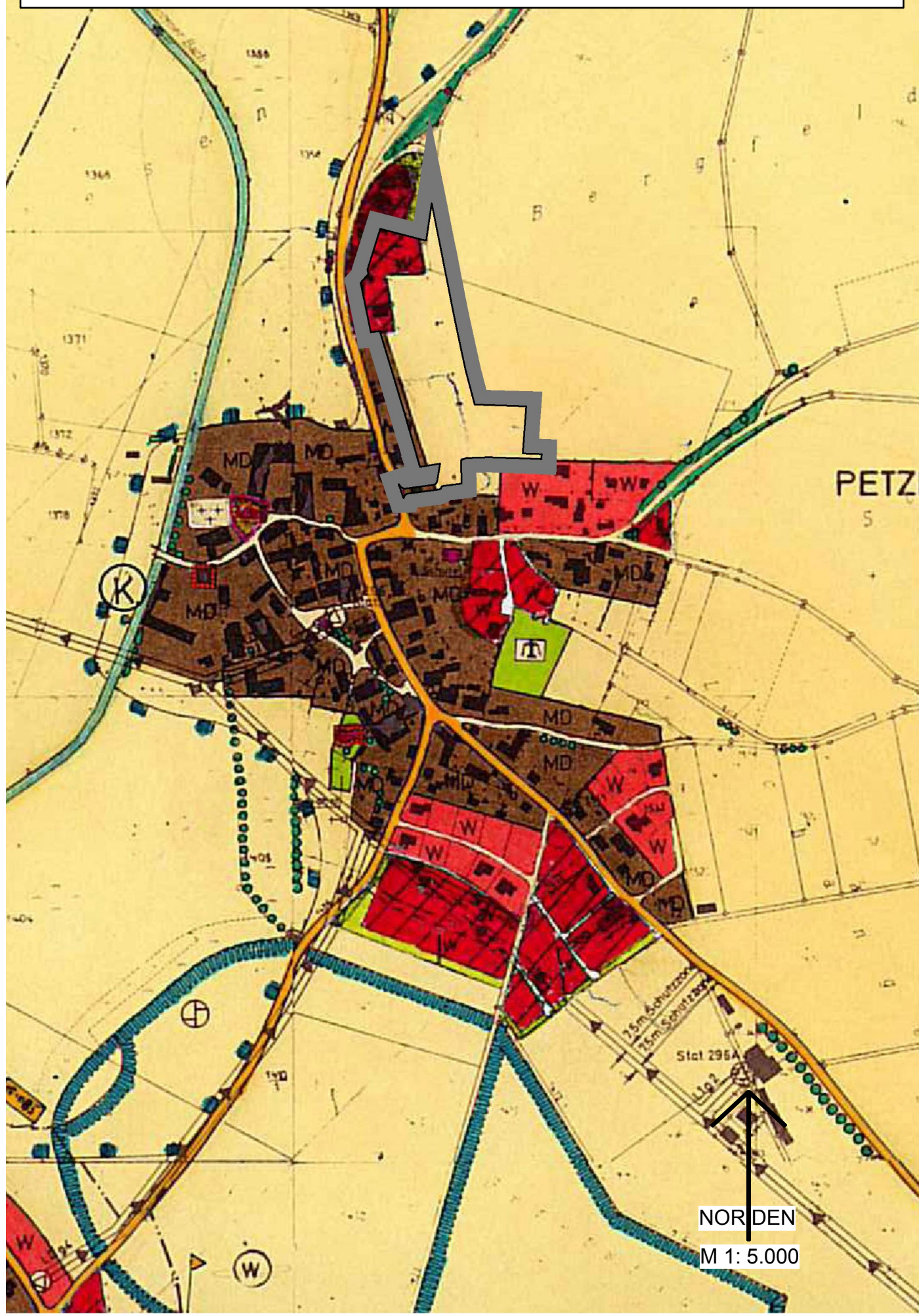


Gemeinde	Weil Lkr. Landsberg am Lech
Bebauungsplan	„Petzenhausen – Am Bergfeld“
Planfertiger	Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München Körperschaft des öffentlichen Rechts Geschäftsstelle – Arnulfstraße 60, 80335 München Az.: 610-41/2-31 Bearb.: Karnott / Fries
Grünordnung	Margarethe Waubke Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektin Stöberlstr. 33, 80687 München
Plandatum	16.09.2014 – Vorentwurf 13.01.2015 - Entwurf

Die Gemeinde Weil erlässt aufgrund §§ 2, 9 und 10 Baugesetzbuch –BauGB–, Art. 81 Bayerische Bauordnung –BayBO– und Art. 23 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern –GO– diesen Bebauungsplan als

Satzung.

Auszug aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan
der Gemeinde Weil mit Lage des Plangebietes



A Festsetzungen

1 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

2 Art der baulichen Nutzung

WA Allgemeines Wohngebiet

Für die mit WA 1, WA 2 und WA 3 gekennzeichneten Bereiche werden unterschiedliche Festsetzungen (A 3.5, A 5, A 7.1) getroffen.

3 Maß der baulichen Nutzung

3.1 GR 120 Höchstzulässige Grundfläche GR je Baugrundstück in qm, z. B. 120

3.2 Die nach 3.1 festgesetzte höchstzulässige Grundfläche darf durch die Grundfläche von allseitig verglasten, erdgeschossigen Anbauten (Wintergärten) je Wohngebäude um bis zu 10 qm überschritten werden.

3.3 Die nach 3.1 festgesetzte höchstzulässige Grundfläche darf durch die Grundfläche von Terrassen, Loggien und Balkonen je Wohngebäude um max. 15 % überschritten werden.

3.4 Die nach 3.1 festgesetzte höchstzulässige Grundfläche darf zusammen mit den Überschreitungsmöglichkeiten nach 3.2 und 3.3, den Grundflächen von Garagen/Carports und offenen Stellplätzen mit ihren Zufahrten sowie Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO bis zu einer Gesamt-Grundflächenzahl GRZ von 0,45 überschritten werden.

3.5 Die höchstzulässige Wandhöhe WH in Metern wird im WA 1 auf 4,50 m, im WA 2 auf 4,10 m und im WA 3 auf 6,20 m festgesetzt.

Die festgesetzte höchstzulässige Wandhöhe WH wird gemessen an der Traufseite, von Oberkante Erdgeschoss-Rohfußboden bis zur Schnittkante der Außenfläche der Außenwand mit der Oberfläche der Dachhaut.

Die maximal zulässige Wandhöhe für Garagen beträgt 3,0 m, gemessen von der Oberkante Rohfußboden bis zur Schnittkante der Außenfläche der Außenwand mit der Oberfläche der Dachhaut. Im Bereich der Baugrundstücke 1-5 ist talseitig die Errichtung einer Stützkonstruktion unter der Garage zulässig.

4 Baugrenze und Bauweise

4.1  Baugrenze

4.2 Unbeschadet der festgesetzten Baugrenzen sind die Abstandsflächen gemäß Art. 6 der BayBO grundsätzlich einzuhalten.

4.3 Die Baugrenzen dürfen durch die Grundflächen von untergeordneten baulichen Anlagen, wie z.B. Außentreppen sowie für Nebenanlagen, wie z.B. Wintergärten und Balkone um bis zu 1,50 m, durch die Grundflächen von Terrassen um 2,50 m überschritten werden.

4.4 Im Bereich der Baugrundstücke Nr. 1 - 5 ist die Errichtung von Garagen und Carports ohne Einhaltung der erforderlichen Abstandsflächen nach Art. 6 BayBO zu den nördlich angrenzenden Baugrundstücken zulässig.

4.5 Es ist die offene Bauweise festgesetzt

4.6 Es sind nur Einzelhäuser zulässig.

5 Anzahl der Wohnungen

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB wird die Zahl der Wohnungen je Wohngebäude auf eine Wohneinheit begrenzt.

Im WA 3 sind abweichend zwei Wohnungen je Wohngebäude zulässig.

6 Grundstücksgrößen

Die Mindestgrundstücksgröße wird für Einzelhäuser auf 600 qm festgesetzt.

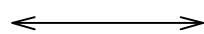
7 Bauliche Gestaltung

7.1  ^{+585,40} Höhenbezugspunkt in m üNN, z.B. 585.40

Die Höhe der Oberkante des Rohfußbodens im Erdgeschoss darf bei Hauptgebäuden die Höhe des festgesetzten Höhenbezugspunktes nicht überschreiten und maximal 0,20 m darunter liegen.

Die Höhe der Oberkante des Rohfußbodens von Garagen muss generell mindestens 0,15 m unterhalb des festgesetzten Höhenbezugspunktes des jeweiligen Baugrundstücks liegen, im WA 2 mindestens 0,50 m darunter.

7.2 Dächer



Vorgegebene Hauptfirstrichtung



Hauptfirstrichtung frei wählbar

Der Hauptfirst ist mittig, parallel zur längeren Gebäudekante anzulegen.

Es sind nur symmetrische Satteldächer mit einer Dachneigung von 20°-32° zulässig.

Als Dacheindeckung sind nur Dachziegel oder Betondachsteine in den Farben erdbraun bis ziegelrot zu verwenden. Glasierte, reflektierende Ziegel oder Dachsteine sind unzulässig.

Untergeordnete erdgeschossige Bauteile (Wintergärten, Hauseingangsüberdachungen, sonstige Anlehnbauten) dürfen generell auch mit flach geneigten Pultdächern errichtet und mit Blech oder Glas eingedeckt werden.

Nebengebäude (gem. 8.6) sowie Carports dürfen auch mit flach geneigtem Pultdach (max. 15° Dachneigung) ausgeführt werden. Das Pultdach ist zu begrünen oder mit Blech oder Glas einzudecken.

7.3 Dachaufbauten

Dachaufbauten in Form von Gauben und Zwerchgiebel sind erst ab einer Dachneigung von mindestens 28° zulässig. Sie sind mit abgeschlepptem Pultdach mit einer Dachneigung von mindestens 7° auszuführen.

Sie sind mit gleicher Dacheindeckung wie das Hauptdach oder mit Kupfer- oder Zinkblech einzudecken; die Seitenwände sind mit Kupfer- oder Zinkblech zu verkleiden.

Pro Gebäudeseite sind maximal ein Zwerchgiebel oder zwei Gauben zulässig; die Summe ihrer Breite je Dachseite darf insgesamt 3,60 m nicht überschreiten. Der Abstand zwischen Pultfirst und Hauptfirst muss mindestens 1,0 m, zum Ortgang mindestens 3,00 m und untereinander mindestens 2,0 m betragen.

Garagen dürfen generell als Wiederkehre an des Dach des Hauptgebäudes angebaut werden; sie müssen mit ihrem First einen Abstand von mindestens 1,5 m zum First des Hauptgebäudes einhalten.

Dacheinschnitte sind unzulässig.

Solar- und Photovoltaikanlagen auf Dächern sind generell zulässig, jedoch je Dachseite nur als eine zusammenhängende rechteckige Fläche ohne Aussparungen für Dachflächenfenster, Kamine u.ä.. Sie sind gleicher Neigung wie das Dach auszuführen. Aufgeständerte Anlagen sind unzulässig.

7.4 Außengestaltung von Gebäuden

Für die Außenwände der Gebäude sind nur verputzte Mauerflächen sowie waagerechte Stulpschalungen oder senkrechte Holzverkleidungen zulässig.

Die Verwendung von auffallenden Zierputzen, Sichtmauerwerk, Keramikverkleidungen, metallischen oder zementgebundenen Fassadenbauteilen, Kunststoffplatten oder Glasbausteinen ist unzulässig.

Als sichtbare Bauteile von Wintergärten, Balkonen, Freisitzen, Hauseingangsüberdachungen und sonstigen untergeordneten Bauteilen sind nur Holz, Glas, Kupfer, verzinktes oder lackierte Eisen sowie Aluminium zulässig.

8 Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen

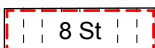
- 8.1 Bei Wohngebäuden mit einer Wohneinheit sind mindestens drei, bei Wohngebäuden mit zwei Wohneinheiten sind mindestens zwei Stellplätze je Wohneinheit zu errichten, davon mindestens je ein Garagenstellplatz in einer geschlossenen Garage. Bei anderen, im allgemeinen Wohngebiet zulässigen Nutzungen ist die Zahl der erforderlichen Stellplätze gemäß GaStellV des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zu bemessen und herzustellen.

Der Stauraum vor Garagen kann als Stellplatz angerechnet werden, jedoch nur, wenn er der der gleichen Wohneinheit wie der Garagenstellplatz zugeordnet ist.

- 8.2  Fläche für Garagen

Zulässig sind gleichermaßen geschlossene Garagen wie offene Garagen (Carports). Garagen und Carports sind nur innerhalb der Flächen für Garagen und innerhalb der Bauräume zulässig. Außerhalb dieser Flächen sind Garagen und Carports auf den Baugrundstücken unzulässig.

Garagen müssen mit ihrer Einfahrtsseite generell einen Mindestabstand von 5,0 m zur angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche einhalten. Bei Abständen von 7,0 m und mehr ist die Zufahrtsbreite an der öffentlichen Verkehrsfläche auf 6,0 m zu begrenzen.

- 8.3  Fläche für offene Stellplätze mit max. Anzahl, z.B. acht (8)

Offene Stellplätze sind innerhalb der Flächen für offene Stellplätze, der Flächen für Garagen, der Bauräume sowie des Baugrundstücks mit Ausnahme der Flächen mit Pflanzbindungen zulässig.

- 8.4 Doppel-, Mehrfach- und Grenzgaragen müssen in gleicher Dachneigung und Dachdeckung zusammengebaut werden.
- 8.5 Die Flächen für oberirdische Stellplätze und Grundstücks- und Garagenzufahrten sind mit wasserdurchlässigen Belägen (z.B. Schotterterrassen, Rasengittersteine, Rasenpflaster, Drainpflaster, u.ä.) anzulegen.
- 8.6 Pro Baugrundstück ist ein Nebengebäude im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO zulässig. Maximal darf die Grundfläche des Nebengebäudes 10 qm betragen; es darf eine Gesamthöhe von 3,0 m nicht überschreiten.

9 Einfriedungen

Zu öffentlichen Straßen hin sind nur Einfriedungen mit senkrechter Lattung bis zu einer maximalen Höhe von 1,10 m, gemessen von der Oberkante der angrenzenden Straße/Gehweg zulässig. Maschendrahtzäune sind hier unzulässig.

Zwischen den Baugrundstücken sind Einfriedungen bis max. 1,10 m Höhe über Gelände sowie Heckenpflanzungen mit heimischen Gehölzen (siehe Hinweis 7) zulässig.

Einfriedungen sind sockellos mit einem Abstand zum Boden von 10 cm auszuführen, um die Durchlässigkeit für Kleintiere zu gewährleisten. Mauern als Einfriedung sind generell unzulässig.

Abstellboxen/-einrichtungen für Mülltonnen (soweit diese nicht in den Gebäuden untergebracht sind) sind gestalterisch in die Einfriedung zu integrieren und zu begrünen.

10 Gelände

- 10.1 Auf privaten Baugrundstücken sind Geländeaufschüttungen und -abgrabungen ausschließlich zur Anlage von Garagenzufahrten, Hauszugängen und Terrassen zulässig. Aufschüttungen zur Schaffung von erhöhten Gründungsniveaus für Garagen, Carports oder Stellplätze sind unzulässig.

Abgrabungen des natürlichen Geländes zur Freilegung und Belichtung von Keller-geschossen sind grundsätzlich unzulässig. Abweichend davon ist im WA 2 die Freilegung des Untergeschosses durch Abgrabung an den so ----- markierten Fassadenseiten zulässig.





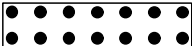
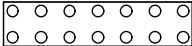
Die Abgrabung des Geländes darf maximal um bis zu 0,10 m unter Niveau der Oberkante Rohfußboden im Untergeschoss reichen. Entstehende Böschungen sind entweder im Gelände zu verziehen und zu bepflanzen (ohne jedoch weitere Fassadenanteile des Gebäudes unter Niveau des natürlichen Geländes freizulegen) und/oder mit Stützmauern mit einer maximal zulässigen Höhe von 1,50 m abzufangen.

Geländeänderungen sind grundsätzlich auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

- 10.2 Stützmauern sind ausschließlich als Natursteintrockenmauern oder mit Natursteinen verkleideten Betonmauern auszuführen.

Betonsteinmauern, Betonsteinringe, Palisaden und dergleichen sind unzulässig.

11 Grünordnung

- 11.1  öffentliche Grünfläche
-  Kinderspielplatz
- 11.2  zu pflanzender Laubbaum
- 11.3  private Grünfläche
-  Erhalt der bestehenden Bäume und Gehölze am Hang
-  Gliederungs- und Schutzgrün (Sicherung der Hangböschung); das Anpflanzen von Thujen- und Formschnitthecken ist unzulässig.

Innerhalb der festgesetzten privaten Grünflächen sind jegliche Geländeänderungen wie Geländeabgrabungen oder Geländeaufschüttungen, die Errichtung von Nebenanlagen sowie die Befestigung von Flächen unzulässig.

Im Bereich der privaten Grünfläche auf der Fl.Nr. 1331 sind Geländeänderungen sowie die Anlage von Stützmauern gem. Festsetzung Ziffer 10.2, die der Errichtung hier zulässigen offenen Stellplätze dienen, grundsätzlich zulässig.

- 11.4 Die nicht überbauten Flächen der Baugrundstücke im Wohngebiet sind gärtnerisch zu gestalten und zu bepflanzen.
Pro angefangene 500 qm Gesamtgrundstücksfläche ist mindestens ein Baum der unter Hinweise Ziffer 7 genannten Arten zu pflanzen.
Mindestgröße: 3 x verschult, Hochstamm, Stammumfang 16 cm – 18 cm
- 11.5 Festgesetzte Bäume und Sträucher sind zu pflegen und zu erhalten. Ausgefallene Bäume sind nachzupflanzen.

12 Flächen und Maßnahmen zur Eingriffskompensation

- 12.1  Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Ausgleichsfläche)

A1

Zweckbestimmung A1:

Entwässerungsmulde, Baum- und Strauchpflanzungen auf extensiver Wiese / Sukzessionsfläche. Einbindung des Wohngebietes in die freie Landschaft.

A2

Zweckbestimmung A2:


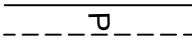




Fläche für die Wasserbewirtschaftung; naturnah angelegte Teichmulde, mit Gehölzpflanzung und Einzelbäumen sowie Sukzessionsflächen.

- 12.2 Die gem. Festsetzung A 12.1 festgesetzten Ausgleichsflächen sind zu erhalten.
- 12.3 Die gem. Festsetzung A 12.1 festgesetzte Ausgleichsfläche A1 in einer Größe von 2.220 qm wird mit einem Anerkennungsfaktor von 50 %, die Ausgleichsfläche A2 in einer Größe von 3.390 qm wird mit einem Anerkennungsfaktor von 100 % angerechnet. Die Ausgleichsflächen werden dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Petzenhausen – Am Bergfeld“ verbindlich zugeordnet.

Der verbleibende Bedarf von 280 qm Ausgleichsflächen wird durch das Ökokonto der Gemeinde Weil bereitgestellt.

- 12.4 Die Maßnahmen gem. Festsetzung A 12.1 sind aufgrund der notwendigen Wasserbewirtschaftung mit Beginn der Bauarbeiten zur Erschließung des Baugebiets im Geltungsbereich des Bebauungsplans herzustellen.


13 Verkehrsflächen

- | | | |
|------|---|--|
| 13.1 |  | öffentliche Straßenverkehrsfläche |
| 13.2 |  | Streifen für öffentliche Stellplätze |
| 13.3 |  | Straßenbegleitgrün |
| 13.4 |  | Straßenbegrenzungslinie |
| 13.5 |  | Fahrt- und Leitungsrecht zugunsten der Gemeinde Weil |
| |  | Gehrecht zugunsten der Öffentlichkeit |

14 Versorgungs- und Entsorgungsanlagen

- 14.1 Schalt-, Verteiler- und Grundstücksanschlusskästen der Versorgungsunternehmen, die der Versorgung der privaten Grundstücke dienen, sind auf diesen unterzubringen. Sie sind entweder baulich zu integrieren oder straßenseitig bündig mit dem Zaun (bzw. Grundstücksgrenze) aufzustellen.
- 14.2 Das auf versiegelten Flächen anfallende Niederschlagswasser ist auf den jeweiligen Baugrundstücken in Zisternen zu sammeln und über diese in den öffentlichen Regenwasserkanal abzuleiten.

Eine Versickerung des gesammelten Niederschlagswassers auf dem Baugrundstück ist nicht zulässig.

- 15  Maßzahl in Metern, z. B. 7,5 m

- 16  Abgrenzung von Bereichen (WA 1, WA 2 und WA 3) mit unterschiedlichen Festsetzungen

B Hinweise

1 Zeichnerische Darstellung



bestehende Grundstücksgrenze

2165

Flurstücknummer, z. B. 2165



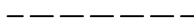
Bestehendes Gebäude (Haupt- und Nebengebäude)



aufzuhebende Grundstücksgrenze



abzubrechendes Gebäude



vorgeschlagene Grundstücksgrenze



vorgeschlagenes Hauptgebäude



vorgeschlagene Garage

①

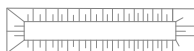
Nummer eines vorgeschlagenen Baugrundstücks, z.B. 1



Höhenschichtlinien des vorhandenen Urgeländes



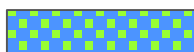
amtl. kartiertes Biotop Nr. 7831-0103-001 (Strauchhecke)



vorgeschlagene Böschung (Ausgleichsfläche)



vorgeschlagene Entwässerungsmulde



vorgeschlagene Teichmulde zur Regenwasserrückhaltung

2 Wasser und Abwasser

Sämtliche Bauvorhaben müssen vor Fertigstellung an die zentrale Wasserver- und -entsorgungsanlage angeschlossen sein.

Mit staunassem Untergrund ist durch vorhandenes Grundwasser und dem Auftreten von Oberflächen- und Schichtwasser zu rechnen (siehe Baugrundgutachten – Hinweis 10). Aus diesem Grund sind sämtliche unter Geländeoberkante einbindende Bauteile (Kellergeschosse, Lichtschächte, außen liegende Kellerzugänge, etc.) unterhalb der Geländeoberkante wasserdicht und auftriebssicher auszuführen.

Sollte Grundwasser aufgeschlossen werden, so ist das Landratsamt Landsberg zu benachrichtigen, um ggf. wasserrechtliche Verfahren einzuleiten. Falls Stoffe in den Grundwasserschwankungsbereich eingebracht werden, z.B. Kellerausbau, oder das Grundwasser aufgestaut bzw. umgeleitet wird, z.B. Bauwasserhaltung, ist dies dem Landratsamt Landsberg mitzuteilen um ggf. wasserrechtliche Verfahren einzuleiten.

Die Vorgaben des Merkblatts DWA-M 153 (Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser) sind bei einem entsprechenden wasserrechtlichen Genehmigungsantrag im Rahmen der Erschließungsplanung zu berücksichtigen.

Bei der Reinigung von Photovoltaik-Anlagen und Solarmodulen sind keine wassergefährdenden Stoffe zu verwenden, ansonsten ist das Waschwasser vollständig zu sammeln und ordnungsgemäß zu entsorgen.

3 Landwirtschaft

Es wird darauf hingewiesen, dass mit Lärm- und Geruchsbelästigungen aus der benachbarten landwirtschaftlichen Flur, auch abends sowie an Sonn- und Feiertagen, zu rechnen ist. Diese sind als ortsüblich hinzunehmen und zu dulden.

4 Altlasten

Altlasten durch verfüllte Abgrabungen oder sonstige Bodenbelastungen sind der Gemeinde nicht bekannt.

Sollten bei den Aushubarbeiten optische oder organoleptische Auffälligkeiten des Bodens festgestellt werden, die auf eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast hindeuten, ist unverzüglich das Landratsamt zu benachrichtigen (Mitteilungspflicht gem. Art. 1 BayBodSchG). Der Aushub ist z. B. in dichten Containern mit Abdeckung zwischenzulagern bzw. die Aushubmaßnahme ist zu unterbrechen bis der Entsorgungsweg des Materials geklärt ist.

5 Denkmalschutz

Eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler unterliegenden gemäß Art. 8 Abs. 1 und Art. 8 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz DSchG der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder an die Untere Denkmalschutzbehörde des Landratsamtes.

6 Nachhaltige Gebäudenutzung

Die Verwendung von Einrichtungen zur Nutzung regenerativer Energien (z. B. Solar- und Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen etc.) und zur Nutzung von Niederschlagswasser (z. B. Regenwasserzisternen) wird ausdrücklich empfohlen.

7 Artenliste für Bäume und Sträucher

Zeichnerisch oder textlich festgesetzte Bäume und Sträucher sind aus folgenden heimischen Arten vorzusehen:

Bäume

Stiel-Eiche	Winter-Linde	Bergahorn	Kiefer	Buche
Hainbuche	Feldahorn	Eberesche	Birke	

sowie alle lokaltypischen Obstbäume als Hochstamm.

Lokaltypische Obstsorten sind vom Kreisverband für Gartenbau und Landespflege e. V. des Landkreises Landsberg am Lech zusammengestellt worden.

Sträucher

Hartriegel	Hasel	Weißdorn	Pfaffenhütchen	Schneeball
Holunder	Heckenkirsche	Liguster	Schlehe	Kreuzdorn

8 Bauantrag

Mit dem Bauantrag ist ein qualifizierter Freiflächengestaltungsplan auf der Grundlage der Art. 5 und 7 BayBO vorzulegen, der aus den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes zu entwickeln ist und folgende Informationen enthalten soll:

- Höhenlage der Gebäude
- Befestigte und zu begrünende Fläche
- Stellplatz- und Zufahrtsflächen
- Anlagen zur Sammlung von anfallendem Niederschlagswasser
- Gehölzpflanzungen
- Lage und Gestaltung von Einfriedungen und Nebenanlagen

9 Ver- und Entsorgungsleitungen

Ver- und Entsorgungsleitungen dürfen nicht überbaut werden. Es ist ein Mindestabstand von Baumpflanzungen von 2,5 m zu diesen Leitungen einzuhalten. Ansonsten sind die Schutzmaßnahmen nach dem DVGW Arbeitsblatt GW 125 herzustellen.

10 Baugrundgutachten

Das Baugrundgutachten B 13221, gefertigt von Crystal Geotechnik GmbH, Utting, ist Bestandteil dieses Bebauungsplans. Die Ergebnisse sind zu beachten.

Kartengrundlage:

Amtliche digitale Flurkarte (DFK) © LVG Bayern

Maßentnahme:

Planzeichnung zur Maßentnahme nur bedingt geeignet;
keine Gewähr für Maßhaltigkeit.
Bei der Vermessung sind etwaige Differenzen auszugleichen.

Planfertiger:

München, den

.....
(Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München)

Gemeinde:

Weil, den

.....
(Christian Bolz, Erster Bürgermeister)

Verfahrensvermerke

1. Der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans wurde vom Gemeinderat am gefasst und amortsüblich bekannt gemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zum Bebauungsplan-Vorentwurf in der Fassung vom hat in der Zeit vom bis stattgefunden (§ 3 Abs. 1 BauGB).

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan-Vorentwurf in der Fassung vom hat in der Zeit vom bis stattgefunden (§ 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB).

Die öffentliche Auslegung des vom Gemeinderat am gebilligten Bebauungsplan-Entwurfs in der Fassung vom hat in der Zeit vom bis stattgefunden (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan-Entwurf in der Fassung vom hat in der Zeit vom bis stattgefunden (§ 4 Abs. 2 BauGB).

Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan in der Fassung vom wurde vom Gemeinderat am gefasst (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Weil, den

(Siegel)

.....
(Christian Bolz, Erster Bürgermeister)

2. Die ortsübliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan erfolgte am; dabei wurde auf die Rechtsfolgen der §§ 44 und 215 BauGB sowie auf die Einsehbarkeit des Bebauungsplans hingewiesen. Mit der Bekanntmachung trat der Bebauungsplan in der Fassung vom in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Weil, den

(Siegel)

.....
(Christian Bolz, Erster Bürgermeister)